

Bezugspreis:
Jahrespreis in Neuenburg RM. 1,50.
Durch die Post in Ost- und Ober-
schlesien RM. 1,60 mit
Postzuschlag. Preis einzelner
Hefen RM. 0,15. In allen
Häusern höherer Gewalt besteht
ein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Buchhandlungen jederzeit entgegen.
Preisnehmer RM. 4.
Quotienten Nr. 24 bei der Oberamts-
Poststelle Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:
Der einseitige Textsatz über
einen Raum 2 1/2 Z., 10 Zeilen
RM. 10. Mehrseitige Anzeigen
RM. 15. Offerte und Auftrags-
erteilung 20 Z. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Abbruches anteilig
wird, ebenso wenn die Zeitung
nicht innerhalb 8 Tagen nach
Bestellungsdatum erfolgt. Bei
Anzeigen werden sofort alle
Veränderungen außer Kraft.
Verständlich für beide Teile in
Neuenburg. Für teile. Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 20 Montag den 26. Januar 1931 89. Jahrgang

Verdiente Niederlage Polens in Genf

Genf, 24. Jan. Vor Zusammenritt des Völkerbundesrates am Samstag nachmittag vernahm man, daß die drei Außenminister Curtius, Henderson und Briand und der Berichterstatter Joshihawa im Verein mit dem polnischen Außenminister Jaleski zu einer Regelung der ober-schlesischen Minderheitenbeschwerden gelangt sind, die für Deutschland annehmbar sei. In den oft sehr erregten Verhandlungen, die seit Freitag vormittag fast unablässig vor sich gingen, habe man erreicht, daß der Rat eine Verlegung der Genier Konvention festsetze, für Polen die Verpflichtung ausspricht, die Wiederholung ähnlicher Gewaltakte für die Zukunft zu verhindern und ihm den Auftrag erteilt, über die Durchführung der Strafen und Wiedergutmachungsmaßnahmen sowie über die Verrückung des Regimes in Oberschlesien im Mai Bericht zu erhalten.

Während der Verlesung der zahlreichen Berichte gingen in den Wandelgängen des Völkerbundeshauses dramatische Auseinandersetzungen mit dem Wohobden von Oberschlesien, Grzymiski, in der Angelegenheit des Fürsten Bies vor sich. Man verlangte von Grzymiski, dessen Tage als Wohobde wohl gekürzt sein dürften, daß er sofort alle Maßnahmen gegen den Fürsten aufhebe. Grzymiski, der sich seiner Umgebung gegenüber während beklagte, daß ihn die polnische Regierung bei der Regelung der ober-schlesischen Angelegenheiten habe fallen lassen, schien ein Nachgeben für angebracht zu halten. Er gab dahin nach, daß er für die polnische Regierung die Verpflichtung auf sich nahm, daß bis zum 15. Juli keine Zwangsmaßnahmen gegen den Fürsten Bies ergriffen würden. Der Fall Bies ist mit dieser Entscheidung automatisch auf die Regelung des Rates verschoben. Bevor der Rat zu der großen ober-schlesischen Beschwerte überging, befragte er sich mit der Remmelbeschwerte. Hier schlug der Berichterstatter vor, ein rechtliches Gutachten des Internationalen Gerichtshofes im Haag einzuholen und die Steuerfrage direkten Verhandlungen zwischen dem Remmeland und Vitauen zu überlassen. Nach einer längeren Aussprache, in der Janinius auf diesen Vorschlag nur zum Teil einging und in der Curtius die Einsetzung eines Juristenausschusses verlangte, der die Rechtsfrage prüfen soll, wurde der Antrag des Präsidenten Henderson angenommen, die gesamte Remmelbeschwerte auf die Montagung des Rates zu verlagern.

die Leidenschaften zu erregen. Für die Behörden bestiehe eine außerordentliche Verantwortlichkeit und eine schwere Verpflichtung, die die peinlichste Behandlung der Minderheitenrechte im Geiste weitestgehender Verständigung verlange. „In seinem Falle“, so heißt es weiter, „darf die Behörde, welche es auch sei — und je höher die Behörde, desto höher diese Verpflichtung — in den Verdacht kommen, teil an dem politischen Kampf zu nehmen, besonders dann, wenn dieser einen Minderheitencharakter trägt. Andererseits vermitteln die Dokumente, die der Rat erhalten hat und die Aussprache der letzten Tage den Eindruck, daß der Aufständischenverband von einem Geist beherrscht wird, der nicht dazu beiträgt, die Annäherung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zu erleichtern. Es versteht sich von selbst, daß in diesen Gegenden mit gemischter Bevölkerung, wie in Oberschlesien, kein Verband mit ausgesprochen nationalitätsfremden Tendenzen eine bevorzugte Stellung einnehmen darf, die geeignet ist, die Interessen einer Minderheit zu schädigen. Um dieses Ziel zu erreichen und mangels anderer Mittel, wird die polnische Regierung die notwendigen Maßnahmen ergreifen müssen, um die besonderen Beziehungen, die zwischen den Behörden und dem Aufständischenverbande, der eine politische Tätigkeit ausübt, bestehen könnten, zu beseitigen.

Es ist in jedem Falle notwendig, daß man der deutschen Minderheit in der Wohobdschaft Oberschlesien das Gefühl des Vertrauens wiedergibt, ohne daß zwischen den Minderheiten und dem Staat keine Zusammenarbeit hergestellt ist. Der Rat wird beschließen, zu gegebener Zeit — vor seiner nächsten Tagung — von den Entschlossenheiten Kenntnis zu nehmen, die die polnische Regierung in dieser Angelegenheit gefaßt hat. Wenn der Rat sich über diesen Punkt einig ist, kann er folgende Resolution annehmen:

„Der Völkerbundesrat nimmt den gegenwärtigen Bericht des Vertreters Japans an.“

Nach der Verlesung des langen Berichtes, der auf die Verlesung eines starken Eindruck machte, ergriff der Präsident des Rates, Henderson, das Wort, um dem Berichterstatter seinen Dank auszusprechen. Die öffentliche Meinung der Welt und in England hätte an diesem Falle ein großes Interesse genommen. Er könne jetzt mit Genugtuung sagen, daß man in England durchaus zufrieden über die Beilegung sein werde. Er wolle jedoch weniger als englischer Vertreter, denn als Präsident des Rates sprechen und als solcher könne er sagen, daß er glücklich sei, daß der Rat das System des Minderheitenfragens seien keine nationalen Fragen, sie seien internationale Völkerbundsfragen, bei denen alle Mächte gleiche Pflichten und an denen sie gleiche Interessen hätten. Wenn das System des Minderheitenfragens einmal verschwunden würde, könnte man die Folgen nicht übersehen. Er rufe der polnischen Mehrheit in Oberschlesien zu, daß es nicht in ihrem Interesse liege, das Recht der Minderheiten zu unterdrücken und er sage den deutschen Minderheiten, daß sie loyal mit der Regierung zusammenarbeiten sollten, mit der sie nun einmal zusammen leben müßten. Es sei seine feste Überzeugung, daß jetzt ein Anfang gemacht sei für eine endgültige und dauernde Form des Systems, wie es die Minderheitenverträge aufstellen sollten. Damit erklärte Henderson die Entscheidung für angenommen.

Der Berichterstatter Joshihawa dankte darauf in kurzen Worten den beiden interessierten Parteien für den Verständigungswillen, mit dem sie ihm seine schwere Arbeit erleichtert hätten. Darauf erklärte Henderson die 12. Tagung des Völkerbundesrates für geschlossen.

Die Auffassung in Berlin

Berlin, 24. Jan. An amtlichen Stellen anhört man sich über den Ausgang der Genier Verhandlungen sehr befriedigt. Dabei wird vor allem darauf hingewiesen, daß eine Mißbilligung des Verhaltens einer Nation durch den Rat ohne Vorgang darüber, daß darüber hinaus auch der Rat die Tatsache der Verletzung der Schutzkonvention ausdrücklich festgelegt habe. Auch die von deutscher Seite geforderten Garantien für die Zukunft seien dadurch gegeben, daß im Mai Polen über die dann vollkommene Verrückung des Regimes und die Verrückung der Schuldigen berichten müsse, daß dann also Gelegenheit gegeben sei, die ganzen Verhandlungen noch einmal aufzurufen, falls Polen seinen Verpflichtungen nicht hundertprozentig nachkomme.

Befriedigung in Genf

Genf, 24. Jan. Die Entscheidung des Völkerbundesrates in der ober-schlesischen Minderheitenbeschwerde hat in Genf in allen Kreisen, nicht nur bei den Deutschen, sondern auch bei den Minderheiten und bei den zahlreichen Delegationen der Nationalitäten Befriedigung und Genugtuung hervorgerufen. In seiner bisherigen Entscheidung hat der Rat in so entscheidender und eindeutiger Weise Stellung genommen wie hier. Den deutschen Forderungen ist voll Rechnung getragen worden. Die Verlegung der Genier Konvention und der Minderheitenverträge ist durch den Völkerbund öffentlich und feierlich festgestellt und verurteilt, die Wiedergutmachungen sind zur Pflicht gemacht worden. Auch über die Aufständischenverbände und über die Rolle, die dem Wohobden Grzymiski in diesem Zusammenhang zukommt, ist ebenfalls das Urteil so scharf ausgefallen, wie es vor dem Völkerbundesrat im Rahmen seiner internationalen diplomatischen Sprache möglich ist. Es wird

für Polen unmöglich sein, die Aufständischenverbände noch weiter als eine illegale Verbandsgruppe der Behörden bestehen zu lassen, und wenn der Bericht von der polnischen Regierung fordert, daß sie alle besonderen Bedingungen verschwinden läßt, die zwischen den Behörden und den Aufständischenverbänden bestehen“, dann heißt das, daß auch der Wohobde Grzymiski verschwinden muß. Besonders bedeutsam ist auch die Verpflichtung, daß Polen gehalten ist, dem Völkerbundesrat in seiner Montagung Bericht über alle Maßnahmen zu erstatten, die in der ganzen Angelegenheit zur Wiederherstellung des Rechts und des Vertrauens der Minderheit von Polen ergriffen werden. Das alles zusammen sind Verpflichtungen, wie sie der Völkerbundesrat noch nie einer Mitgliedsregierung auferlegt hat. In französischen Kreisen heißt es, daß die Polen durch ihre Dummheit in Oberschlesien es nicht besser verdient hätten. Auch die in Genf anwesenden Minderheitenvertreter sprachen sich durchaus befriedigt über das Ergebnis aus und weisen darauf hin, daß mit dieser Ratsentscheidung frische Luft auch in das gesamte Minderheitenproblem hineingetragen werde. Denn das Vorgehen gegen Polen werde manche andere Staaten warnen, die Minderheitenrechte etwa als eine papierene Angelegenheit zu betrachten.

Der Reichszentraler zum Reparationsproblem

Abwehr agitatorischer Einwände.
Düren, 24. Jan. Am Sonntag nachmittag sprach der Reichszentraler in Düren. Er führte u. a. aus: Es sind Meinungen aufgetaucht, an eine frontale Aufrollung des Reparationsproblems heranzutreten, selbst auf die Gefahr hin, daß die eine oder andere Provinz in ihrem Zusammenhang mit dem Reich gefährdet würde. Solche Äußerungen sind in der letzten Zeit gefallen. Es sieht so aus, als ob gewisse Persönlichkeiten alles wieder vergessen haben, was wir in den letzten Jahren durchgemacht haben, und glauben, man könnte die Außenpolitik ändern, indem man unter Trommel- und Fiedelklang auf dem Exzerzierplatz aufmarschiert. Verantwortliche Politik ist etwas anderes, und die Politik, die wir einmal als richtig anerkannt haben, werden wir auch in ihrem Tempo selbst bestimmen. Es kommt darauf an, jedes zu seiner Zeit, dann aber entschieden zu tun. Aber eine vorzeitige Inangriffnahme von innerpolitisch und wirtschaftspolitisch nicht vorbereiteten Fragen die Wahl des falschen Augenblicks für die Lösung der Reparationsfragen wäre das Schicksal, was man in der deutschen Politik tun kann. Lediglich darf bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt werden, daß gerade die Leute, die heute als Größen der Vergangenheit gehandelt werden, zu ihrer Zeit mit denselben Worten des Vertrauens beschimpft worden sind, und zwar zum Teil von denselben Organen, wie es heute mit den Männern der Regierung geschieht. Das gilt auch von der „Kreuzzeitung“ die in den letzten Tagen den Führer des ober-schlesischen Zentrums, den Abg. Wilsa, des Landesparlamentarier berichtigt hat. Die „Kreuzzeitung“ wirft Wilsa vor, er betreibe separatistische Politik und arbeite auf eine Auflösung Deutsch-Oberschlesiens hin, um einen autonomen Grenzstaat aufzurichten. Die Schriftl. Er brauche, so sagte der Reichszentraler, auf die Niedrigkeit und Gemeinheit dieser Einwände nicht weiter einzugehen. Aber es dürfe daran erinnert werden, daß es dieselbe „Kreuzzeitung“ gewesen sei, die, als Bismarck den Grund legte zu seinen Eroberungen, ihn in gleich geklärt Weise behandelt habe, wie es jetzt mit dem verdienten Vorkämpfer im ober-schlesischen Abstimmungskampf geschehen sei.

Severing in Stuttgart

Stuttgart, 24. Jan. In der von mehr als 10000 Menschen überfüllten Stadthalle sprach am Samstag abend in einer sozialdemokratischen Versammlung der preussische Innenminister Severing. Bei seinem Erscheinen wurde der Minister lärmlich begrüßt. Severing hielt eine Kampfsprache für den republikanischen Volkswort und gegen die nationalsozialistische Agitation. Das Jahr 1931 müsse das Jahr der Mobilisierung aller Republikaner sein. Diejenigen, die direkt oder indirekt auf den Sturz des Kabinetts Müller im vorigen Jahre hingearbeitet hätten, dürften sich jetzt nicht beklagen über die gütigen Zustände in Deutschland. Leider hätten viele Kreise des Bürgertums nicht erkennen wollen, daß der Kampf der Sozialdemokratie um die Arbeitslosenunterstützung und die Kampfanfängerhaltung der breiten Massen eine staatspolitische Notwendigkeit war. Als alter Praktiker dürfe er fragen, wie sich die öffentliche Ruhe und Ordnung sollte aufrechterhalten lassen, wenn man die Sanierung der deutschen Wirtschaft allein auf Kosten der armen Schichten durchführen wolle. Das deutsche Bürgertum sei in den letzten Jahren wirklich nicht tapfer und aktiv gewesen und habe mit bestreblichem Fatalismus der Galatrendemagogie gegenüber. Erfolgreicherweise sei angelehnt der Diktator die republikanische Gegenwehr ausgeübt. Die Drogenberg und seine Epigonen mögen uns darum erhalten bleiben. Die Republik schläft nicht, sie wacht und wird angefaßt der verheerenden Auswirkungen des 14. September — gewaltiger Kapitalabfluß ins Ausland und außenpolitische Spannung — umso baldiger mit der Diktatur fertig werden. Je mehr sich die Demagogie der Reaktionen mit Nationalnotwendigkeit erklären muß. Wo bleibt denn das Volk verklärter Volksbegehren auf Auflösung des preussischen Landtags? Wir warten schon 4 Monate darauf. Jetzt glauben wir nicht mehr daran, daß es kommt. Die nationalsozialistische Agitation arbeitet mit auswechselfähigem Programm. In den Großstädten reden sie von berechtigten Lohnforderungen, höherer Arbeitslosenunterstützung und gegen die Millionen der Landwirtschaftsbüße, bei den Industriellen und auf dem Lande aber geben sie sich als



Schüler der Privatwirtschaft und Kämpfer gegen die angeblich unverdienten Arbeiterforderungen aus. Der Minister erwähnt ein Beispiel für die unaufrichtige Agitation der Nationalsozialisten in Bezug auf die Verdon von Dr. Schacht. In dem Augenblick - darüber ist sich jeder verantwortungsbewusste Politiker im Klaren - wo die Nationalsozialisten mit in der Regierung wären, würde sich Deutschlands wirtschaftliche und außenpolitische Lage katastrophal verschlechtern. Das Ausland kümmert sich um die Drohungen unserer Maulaufreißer bezüglich wenig. Ihr Terror im Inland muß durch die aktiven Republikaner gebrochen werden. Sie stehen zum Kampf bereit, lieben nicht die Gewalt, aber wenn es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen sollte, werden sie sich nicht als Passivisten geben, sondern werden mit Leib und Leben den Angriff gegen die Volkswirtschaft der Republik abzuwehren wissen. Wankelmut und blaue Brillen gibt's für die Arbeiterschaft und die Republikaner nicht, wenn ihnen der Kampf mit den Faschisten aufzuweisen werden sollte. Wir stehen fest und kämpfen. Das läßt sich die Reaktion gefast sein, wenn sie verbrecherisch genug sein sollte, Deutschland in blutige Auseinandersetzungen zu führen, um den Faschismus aufzurichten. Severings Rede wurde häufig durch stürmische Beifallstürme unterbrochen. In seiner Schlussansprache wandte sich Reichstagsabgeordneter Dr. Schumacher scharf gegen die Dittlerische Bürgerkriegsagitation. Vor und nach der Versammlung marschierten harte Kolonnen des Reichsbanners durch die Straßen Stuttgarts.

85 Millionen RM. Einnahmeausfall bei der Reichspost

Dem Reichstag ist vom Reichspostministerium soeben ein Tätigkeitsbericht für 1930 vorgelegt worden. Danach stand das Jahr im Zeichen des Ausbaus der in den letzten Jahren getroffenen Reformen. Alle Maßnahmen wurden jedoch durch die für Deutschland besonders große Wirtschaftsdpression ungünstig beeinflusst. Maßnahmen, die die Arbeitslosigkeit verringern konnten, wurden vorläufig zurückgestellt. Ueber das durch den Vorschlag für das Rechnungsjahr 1930 festgelegte Beschäftigungsprogramm hinaus wurden besondere Mittel für ein zusätzliches Arbeitsbeschäftigungsprogramm bereitgestellt. Hierdurch wurden auch die Bestrebungen der Reichsregierung auf allgemeine Senkung der Preise unterstützt. Die Bestrebungen auf wirtschaftliche Berücksichtigung der Grenzgebiete sind durch Vergebung namhafter Aufträge unterstützt worden. Infolge der anhaltenden Wirtschaftsdpression lagen in den letzten Monaten des Jahres mit Ausnahme des September die Betriebszahlen in fast allen Betriebszweigen unter denen des Vorjahres. Dementsprechend haben sich auch die Einnahmen nicht so entwickelt, wie in den Monaten April und Mai 1930 angenommen werden konnte. Bei einer Einnahme von 1654,9 Mill. RM. in den Monaten April bis Dezember 1930 beläuft sich der Einnahmeausfall gegenüber dem Vorschlag auf rd. 85 Millionen Reichsmark.

Wirtschaft und Volkswohl

Die Wirtschaft ist ein organisches Gebilde innerhalb der Volksgemeinschaft. Beide sind aufeinander angewiesen, eines ist die Voraussetzung des anderen. Gesunde Wirtschaftspolitik hebt das Volkswohl, während Interessenswirtschaft den Niedergang der Gemeinschaft bedingt. Wo stehen wir? Beispiele lehren:

1. **Preisabbau wird bekräftigt.** Ein Dresdener Unternehmen, das eine Anzahl Verkaufsstellen unterhält, hatte zur Förderung des Preisabbaues vom 1. November ab die Milch um 2 Pfg. billiger als der übrige Milchhandel verkauft und dabei außerdem auf den Verkaufspreis 6 Prozent Rabatt gewährt. Der Verband Dresdener Milchhändler hatte nichts Günstigeres zu tun, als nachzuforschen, wo dieses Unternehmen die Milch herbezieht. Es gelang ihm auch, einen Lieferanten ausfindig zu machen, der die Milch billiger als vorgesehen an das Unternehmen abgab. Dieser wurde nun nicht etwa als Schritt-macher der Preislenkung vom Milchhändlerverband bedroht, sondern von ihm, sage und schreibe, mit 1000 RM. - tausend Reichsmark - Geldstrafe belegt.

Wie wenig selbst Gerichte den Forderungen der Zeit und des Volksempfindens Rechnung zu tragen bereit sind, zeigt ein Vorfall in Berlin. Ein Zigarettenhändler hatte Zigaretten 10 Prozent unter dem festgesetzten Preis verkauft. Ihm trat die „Preisprüfstelle“ der Zigarettenindustrie entgegen. Da der

Händler gerichtliche Austragung der Sache verlangte, beschästigte sich zunächst das Amtsgericht damit und gab dem Händler Recht, weil sein Verhalten nur dem Bestreben der höchsten Regierungsstellen entsprochen hätte. Die Preisprüfstelle legte Berufung ein, und das Landgericht verurteilte den Händler. Er konnte die mehrere tausend Mark betragende Geldstrafe nicht bezahlen, und sie wurde in ein Jahr Gefängnis umgewandelt. Der Händler hat die Strafe tatsächlich antreten müssen.

2. **Profit lebt, der Mensch stirbt.** Die Münch. Mediz. Wochenschrift schreibt zur Krebsbekämpfung: Im Jahre 1913 starben in Deutschland von 10000 Lebenden 7,4 Männer und 8,9 Frauen an Krebs. 1925 aber bereits 9,3 Männer und 11 Frauen. Im Radium hat die ärztliche Wissenschaft bis jetzt das wirksamste Mittel zur Krebsbekämpfung gefunden; da aber die Mittel zur Beschaffung des so seltenen Radiums nicht ausreichen, können die Krankenhäuser alle vorliegenden Fälle nicht ausreichend behandeln. Nun kann man über das Vorkommen von Radium in der Zeitschrift „Kunstwart“ lesen: Während bisher in Joachimsthal und in bestimmten Gebieten Nordamerikas, Radium nur in sehr geringen Mengen und überdies je ein Gramm um den enormen Aufwand von 50000 Pfund gewonnen wird, birgt der Ort Katanga im südlichen Kongo so viel Radium, daß er dort um ein Hundertstel des heutigen Preises erzeugt werden könnte. Das heißt, daß man leicht sämtliche Krankenhäuser der Welt mit diesem unentbehrlichen Krebsbekämpfungsmittel auszustatten vermöchte. Warum aber geschieht das nicht? Antwort gibt die Bilanz der Röntgen-Gesellschaft von Haut-Katanga. Danach sind die Einnahmen dieser Gesellschaft im Laufe des Jahres 1928 von 128 auf 245 Millionen Francs, ihr Aktienbesitz auf 5 Milliarden Francs gestiegen. Die Ausbeute wird einfach zum Zwecke der Preisbildung zurückgehalten. Ein gleiches Verhältnis soll je in den Diamantfeldern Transvaals vorliegen, aber Edelsteine sind zum Volkswohl immer noch entscheidend. Was aber hier geschieht, läßt sich mit nichts entschuldigen; der Schrei tausender gequalter Menschen, die hilflos zu Grunde gehen, erhebt Klage, die einmal ihren Kladder findet.

Deutsche Wirtschaftsmöglichkeiten in China

Eine China-Studienkommission des Reichsverbandes der Deutschen Presse hat kürzlich auf Einladung der chinesischen Regierung das Land bereist und hat das Ergebnis ihrer Arbeit in einem außerordentlich guten und knappen Bericht, der schon gedruckt vorliegt, niedergelegt. Der Führer dieser Kommission, Admiral a. D. Heinrich Meymann, erstattete nun in dem Weltwirtschaftsinstitute der Handelshochschule in Leipzig in einem Vortrage einen mündlichen Bericht. Aus ihm ging hervor, daß wir uns in der Anschauung des modernen Chinas noch viel mehr als bisher von den Mittellagen und Darstellungen des Auslandes, das sei es aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen, die wirkliche Lage verschleiern, frei machen müssen. Der Vortrageende sieht die Entwicklung der inneren Verhältnisse Chinas sehr optimistisch an; so daß dem friedlichen Handel sich große Möglichkeiten eröffnen. Der Plan der Nationalregierung zur industriellen Entwicklung des Landes, der auch den Bau von Eisenbahnen, Straßen, Kanälen, Kraftwerken usw. umfasse, erfordere die Vierung von fast allen Industriezweigen. Dabei sei die finanzielle Lage günstiger, als wie sie vom Auslande dargestellt werde. Die Schulden betrügen nur etwa 5 Milliarden Taels. Dabei hätten der Regierung noch zahlreiche Hilfsquellen zur Verfügung. Hölle und Steuern seien nicht höher als anderswo. Das Privatkapital sei so reichlich vorhanden, daß die Banken zeitweilig die Höhe der Einzahlungen begrenzen müßten. Das Land sei an Reichthümern reich, voran Kohle und Erze, dann an Getreide, Häuten, Seide, Baumwolle und Jute, und so erbeite sich das Bild, daß China die Industrieerzeugnisse mit seinen Landeserzeugnissen für die in Deutschland noch Kaufmännigkeit behaltende, bezahlen könne. 300000 deutsche Firmen seien schon wieder in China tätig.

Rüstungspropaganda des russischen Kriegsministers

Moskau, 24. Jan. Auf der gegenwärtig in Moskau stattfindenden neunten Tagung des Jungkommunistenverbandes der Sowjetunion sprach Kriegsminister Woroschilow über die Mitarbeit der Jungkommunisten an der Roten Armee. Woroschilow knüpfte an die Broschüre Ludendorffs über den bevorstehenden Krieg an und sagte, es sei doch sehr bedeutsam, daß ein solcher Mann, dessen Zeit zwar vorüber ist, den man aber als Sachkundigen und großen militärischen Spezialisten ansehen müsse, sogar die voraussichtlichen Daten des Kriegsabbruchs angegeben wagt. Weiter meinte Woroschilow, vor allem sei die Sowjetunion vom Kriege bedroht, und für den künftigen mechanisierten, technisierten und industrialisierten Krieg bildeten die Jungkommunisten die natürliche Reserve der Roten Armee. „Wir müssen“, sagte Woroschilow, „einen Krieg mit möglichst geringen Verlusten antreten und den Krieg auf dem Boden desjenigen Landes zu führen suchen, das uns als erstes angeht.“ Gegenwärtig arbeite in der Roten Armee ein Bestand von 20000 Jungkommunisten, aber das Gros der drei Millionen Mitglieder des Jungkommunistenverbandes müsse als militärisch unangebildet gelten. Nun sei jedoch in Zukunft erforderlich, daß insbesondere die Kriegsschulen für das Flugwesen, die Kriegsmarine, die Landwehren und die sonstigen technischen Schulen mit Jungkommunisten besetzt werden. Bisder gelte das ungenügend; das Zentralkomitee der Partei habe diesen Mangel wiederholt gerügt. In der Kriegsschule sei der Personalstand zwar gegenwärtig befriedigend, aber bei einer Mobilisierung werde eine Ergänzung nötig. Die Flugweisse werde jetzt nach dem letzten Stand der Technik neu ausgebaut, aber die Ergänzung des Personalstandes durch Jungkommunisten bleibe wünschenswert. — Zum Schluß wies Woroschilow auf die Qualität der rüstungsindustriellen Produktion hin als auf eine brennende Frage, der die Jungkommunisten in Werksstätten, Fabriken und wissenschaftlichen Forschungsinstituten gleichfalls vermehrte Aufmerksamkeit zuwenden müßten.

Der Prozeß gegen den Goldmacher Tausend

München, 21. Jan. In der heutigen Verhandlung gegen den Goldmacher Tausend wurde der Haftbefehl der Schwurgerichtsstelle aufgehoben. Er habe verschiedenen Versuchen des Tausend in Frankfurt a. M. beigewohnt und dabei bestätigt gefunden, daß Tausend aus Blei, das vorher analytisch untersucht worden sei, Gold gemacht habe. Der Zeuge habe sofort aufgepaßt, damit nichts hineingeschmuggelt werde und nach seinem Dafürhalten sei das auch ganz ausgeschlossen gewesen. Der Zeuge war Geschäftsführer der Gesellschaft. Bei der Aufnahme eines neuen Mitglieds wurde nach seiner Aussage immer ein Versuch vorgeführt, und dem Mitgliede die Teilnahme an einem Experiment ermöglicht. In der Regel war das bei den Versuchen erzeugte Gold von ungewöhnlicher Reinheit. Der Zeuge sagte aus, daß auch er Gold erzeugt habe. Er habe Tausend gebeten, ihm einige Versuche machen zu lassen und nach längerem Zögern habe Tausend seine Einwilligung dazu erteilt. Bei diesen Versuchen, die Schwurgericht vollkommen selbständig mit einem Mitarbeiter Tausends machte, sei es ihm gelungen, große Erfolge zu erzielen, und zwar mit reinem Blei als Ausgangsmaterial. Der Zeuge legte dem Gericht zwei Goldblättchen vor, die das Ergebnis seiner Versuche darstellten. Er legte diese Blättchen dem Sachverständigen vor, wobei er betonte, daß er diese kleine Goldmenge aus 3 bis 4 Gramm Blei aus geschmolzen habe. Nach den wissenschaftlichen Erkenntnissen sei es ganz ausgeschlossen, daß in einer so kleinen Menge Blei eine im Verhältnis so große Menge Gold enthalten sein könne. Eine Goldblättchen, die von Tausend erzeugt worden sei, habe man einem chemischen Sachverständigen vorgelegt, der erklärte, dieses Gold müsse industriemäßig herkunft sein, weil es eine Reinheit von 99,5 fein habe.

Gandhi freigelassen

Delhi, 25. Jan. Der Hinhöng hat die bedingungslose Freilassung Gandhis und der anderen Mitglieder des Arbeitsausschusses des allindischen Kongresses anordnet. Gleichzeitig hat er die Wiedergabe dieses Ausschusses als ungesetzliche Körperschaft aufgehoben. Die Freilassung Gandhis ist eine unmittelbare Auswirkung des Abschlusses der Londoner Rundtischkonferenz, die die englische Regierung zu einer Kursänderung in Indien veranlaßt hat. Gandhi wurde am 5. Mai 1930 im Kampf gegen das Salzmonopol, der den Auftakt zum allgemeinen Freiheitskampf bilden sollte, verhaftet. Es bleibt abzuwarten, ob er an seiner Politik des passiven Widerstandes festhält, aber an den kommenden Verhandlungen über die Neuregelung der Stellung Indiens innerhalb des britischen Reiches teilnimmt.



Roman von Sven Auelon.

7. Fortsetzung.
Ich antwortete nicht. Ich glaube, ich hatte schon da ein Vorgefühl, daß etwas Böses eintreffen werde.
Später am Abend fand ich Vera beim Baden, während meine Gedanken sich ständig um die Reise und um Zukunftspläne im Ausland bewegten.
Später im Leben hat dieser unerklärliche Vorfall mit der verarmten Tär meine Gedanken noch häufig beschäftigt. Ich ahne einen Zusammenhang zwischen diesem scheinbar sinnlosen Vorfall und den Dingen, die später eintreten. Eine Erklärung habe ich noch nicht gefunden, aber vielleicht wird mir auch das einmal gelingen.
Am nächsten Morgen gegen zehn Uhr reiste ich wie beabsichtigt auf mein früheres Landgut, um meiner Mutter Lebenswohl zu sagen.
Diesen füllten, vergoldeten Herbsttag in Sorinskoje, wo alles so unverändert und friedlich schien, werde ich nie vergessen. Meine Mutter wandelte mit mir in den Alleen des Parks hin und her. Das Laub flammt in herblicher Pracht und gelbe Blätter glitten lautlos zur Erde.
Das Gut meines Vaters war nicht mehr unser eigen, aber die Erinnerung konnte uns feiner rufen. Meine Zukunftspläne erwähnten wir kaum. Wir sprachen miteinander, als ob mein Aufenthalt im Ausland nur einige Monate dauern und bald alles wie früher sein würde.
Ich möchte den Abschied von meiner Mutter nicht erst schildern. Er ist ja auch weiter nicht von Einfluß auf die Geschehnisse, von denen ich jetzt berichte.
Gegen fünf Uhr nachmittags sah ich wieder im Eisenbahnabteil. Die Dämmerung brach bereits ein, als der Zug in Moskau an den Bahnsteig glitt.
Er war überfüllt, und auf dem Bahnhof entwickelte sich das wirre Gedränge, das so bezeichnend für das Leben auf russischen Bahnhöfen ist. Ich hatte kein Gepäck und ließ mich vom Stromer langsam dem Ausgang zutreiben. Es ging diesmal ganz ungewöhnlich langsam und bald entdeckte ich auch den Grund: Am Ende des Bahnsteigs spielte sich einer der Austritte ab, die während der Revolution so alljährlich geworden waren. Da standen zwei Rotgardisten mit aufgespanntem Seitengewehr und neben ihnen zwei Herren in Zivil, die eifrig damit beschäftigt waren, die Ausweise der ankommenden Reisenden nachzuprüfen. Wer sich nicht ausweisen kann, wird angehalten. Aber alle schienen ihre Papiere in Ordnung zu haben und niemand war erschaut. Alle wußten, daß die beiden Herren in Zivil Geheimpolitisten der Tscheka waren, die auf Jagd nach Gegenrevolutionären waren. Langsam schob sich die Menge weiter.
Als ich an die Sperre kam, nahm ich schnell meinen Paß heraus, öffnete ihn und wollte gleich weitergehen, aber zu meinem Entsetzen nahm mir der Geheimpolitist den Paß ab und betrachtete ihn sehr genau. Dann wendete er sich an seinen Begleiter: „Das ist er!“ sagte er und befahl mir dann: „Folgen Sie mir! Sie sind verhaftet!“
Der Wirt und verständnislos folgte ich ihm. Ich lehnte mich nicht auf. Ich leistete keinen Widerstand. Nach wenigen Minuten flogen wir wie drei gute Bekannte friedlich in eine wartende Droschke ein.
Der Autofahrer war anscheinend unterrichtet. Ohne einen Befehl abzuwarten blieb er auf die Pferde los und der Wagen polterte über das Steinpflaster.
Unterwegs wurde kein Wort gewechselt. Die Geheimen bewachten hartnäckiges Schweigen und ich wußte, daß es überhaupt nichts nützen würde, erst zu fragen.
Meine Gedanken arbeiteten fieberhaft. Die Tscheka mußte von der gefestigten Art erfahren haben, auf die ich meinen Auslandspaß erworben hatte. Aber deshalb brauchte ja noch niemand etwas von den Diamanten zu wissen. Jedenfalls durfte ich mir während des ersten Verhörs keine Mühe geben, sondern mußte abwarten, bis ich erfuhr, warum ich eigentlich verhaftet war. Aber wie würde es meiner Frau ergehen? Wie würde die Tscheka leichtes Spiel haben. Es war ja ganz klar, daß man den Bahnhof von meinem Willen abgeperrt hatte. Sicher hatten die Spindel der Tscheka während meiner Abwesenheit auch mein Haus aufgesucht und meine Frau mit sich geführt. Der Gedanke, in welcher Umgebung ich sie vielleicht bald wiedersehen würde, nach mir ins Herz.
Die Geschäftsräume der Tscheka lagen damals an der Dubjanska. Der Wagen hielt ein gutes Stück vom Eingang entfernt, da es unmöglich war, durch das dicke Gewirr von Fußwegen hindurchzukommen, das die Straße hier besetzte. Das war ein buntes Durcheinander von Autos aller Art, von laufenden Automobilen und knatternden Motorrädern. Das ganze Schauspiel wirkte in dieser Stadt besonders auffällig, in der man die Läden geschlossen und das Geschäftleben eingestellt hatte, während die Menschen in tiefer Verkommenheit dahinschliefen. Man war zu glauben versucht, daß alle Totkraft sich plötzlich an diesem einen Punkt gesammelt hätte.
In den Alleen des Gebäudes herrschte ein Gemimmel von Menschen. Der große Stab von Angestellten der Tscheka war anscheinend dauernd in lebhaftester Wirksamkeit. Allen war ein ganz bestimmtes Gepräge gemeinlich. Die Männer trugen mit Vorliebe Chausseurkleidung, dunkelgrüne Lederjassen und blankgewaschene Schaffelfel. Ein auffallend großer Teil der Frauen und Mädchen war jung und hübsch. Die hellblonden Jungmädchenköpfe standen in überraschendem Gegen-

satz zu diesem düsteren Schauspiel. Alle wirkten sie stützlich zurück und selbstloser, während den meisten Menschen in Moskau zu dieser Zeit ein recht verzagtes und eingeschüchtertes Wesen eigen war. Ich betrachtete diese Dinge heute philosophischer und leidenschaftlicher. Damals allerdings umfaßte ich die Tscheka mit einem ganz unwillkürlichen und unmittelbaren Haß. Aber ich bekehrte mich vollständig. Ich glaubte beinahe zu können, daß mein Antlitz ausdruckslos wie eine Maske war, und daß meine Haltung eines Cooperischen Indianerhelden würdig gewesen wäre, den man gefangen in das feindliche Dorf führt. Uebrigens erregte meine Ankunft keinerlei Aufsehen. Verhaftungen gehörten ja zur Tagesordnung.
Ich wurde in ein Vorzimmer geführt und blieb ziemlich lange sitzen. Man kam und ging, man plauderte, rauchte Zigaretten und schäuferte. Es war, als ob mich alle vergessen hätten. Ich sah in einer Ecke auf einer Holzbank, steckte eine Zigarette nach der anderen an und grübelte über meine Lage nach. Höllich begriff ich, was für den Angeklagten die tiefste Quelle des Leidens ist: Unwissenheit, Ungewißheit und das Gefühl der Hilflosigkeit, weil man nicht weiß, welche Karten der „Feind“ d. h. der Richter eigentlich in der Hand hält.
Eines war aber gewiß: wenn nicht die Tscheka selbst meine Frau erwähnte, ich durfte auf keinen Fall nach ihr fragen. Wie mich die Ungewißheit auch quälte, so war Schweigen doch meine erste Pflicht; es könnte ja sein, daß sie durch ein reines Wunder unbeschädigt geblieben war, und dann sollte die Tscheka durch mich und meine Unvorsichtigkeit jedenfalls nicht auf die Spur gebracht werden. Meine Betrachtungen wurden dadurch unterbrochen, daß ein ganz junges, blondes Mädchen auf mich zutrat und mir leicht die Schulter berührte.
„Sie sollen vor den Kommissar geführt werden“, sagte sie und ich glaubte in ihrem Blick leises Mitleid zu entdecken. Ich selbst fühlte es fast wie ein Wild, so innerlich schnell verdrängt zu werden, und während mich zwei Männer durch ein weiteres Vorzimmer führten, überlegte ich noch einmal ganz genau, wie ich mich zu verhalten hatte.
In einem langen, fast leeren Zimmer sah hinter seinem Schreibtisch der Kommissar. Es war ein kleiner, blonder, unbedeutend aussehender Mann. Er sah mehrere Minuten und wählte raschelnd in seinen Papieren. Scheinbar bemerkte er meine Gegenwart gar nicht. Meine beiden Wächter standen stumm hinter mir und warteten offensichtlich nicht, ihn zu hören. Endlich schien er fertig zu sein. Er richtete keine blauen, vorstehenden Augen auf mich und fing an zu reden. Die fremdartige Ansprache und der sonderbare, kostümliche Tonfall befandeten mich gleich, daß er letzterher Abhammung war. Damals bedachten sich in der Tscheka viele Letzten. Nach den üblichen, gleichgültigen Fragen, mit denen ein Untersuchungsrichter immer zu beginnen pflegt, sah er einen Augenblick stumm da und schaltete wieder mit seinen Papieren. Dann wandte er sich wieder an mich.
(Fortsetzung folgt.)



Kommende Reformen im Lande

Häufige Finanzlage des Staates - Früchte des Spar-Kommissar-Gutachtens.

In Tübingen hielt am Freitag Staatsrat Rath in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei einen Vortrag über 'Politische Gegenwartsfragen in Reich und Land'.

Es werde keine Schwierigkeiten haben, bei der bestehenden Koalition den Etat unter Dach und Fach zu bringen. Die nächste Sitzung des Landtags wird sich hauptsächlich mit dem Etat zu beschäftigen haben.

Die Zahl der Oberämter werde man zwar nicht auf die vorgeschlagenen 22 beschränken, wohl aber komme in der Gegend von Stuttgart und Heilbronn eine Zusammenlegung in Frage.

Es wird sich dann zeigen, daß dann einzelne Oberämter nicht mehr leistungsfähig sind, was ihre Auflösung bedingt.

Dem Vorschlag, größere Amtskörperschaften zu schaffen in der Art, daß die staatliche Verwaltung von der Amtskörperschaft getrennt werde, müsse man mit großer Skepsis gegenüberstehen.

In der Frage der Abgrenzung der Aufgaben zwischen Oberämtern und dem Innenministerium müsse man einer weiteren Delegation des Wort reden. Im Innenministerium ist eine Abgrenzung der Aufgabe geplant.

Der Inkonzensus für Beschwerden soll auf zwei beschränkt werden.

Auf dem Gebiet der Straßen- und Wasserbauverwaltung sollen die Amtskörperschaften stärker herangezogen werden. Auf dem Finanzgebiet soll der Etat von einem Netto- in einen Bruttogewinn umgewandelt werden.

Bei der Fortverwaltung ist Vorsicht bei den Maßnahmen geboten. Die Zahl der Beamten soll eingeschränkt und dafür sollen mehrere Beamte herangezogen werden.

Eine Rede des Finanzministers

Besigheim, 21. Jan. In der Generalversammlung des Landw. Bezirksvereins Besigheim sprach Finanzminister Dr. Dehlinger. Er erklärte, daß heute ein Zusammenschluß nötiger denn je ist.

Die Landwirtschaft ist in Gefahr, seine ganzen Kräfte zu verbrauchen. Die katastrophale Lage der Reichsfinanzen finde man mehr eine allmähliche Genesung.

Die Landwirtschaft ist in Gefahr, seine ganzen Kräfte zu verbrauchen. Die katastrophale Lage der Reichsfinanzen finde man mehr eine allmähliche Genesung.

Die Landwirtschaft ist in Gefahr, seine ganzen Kräfte zu verbrauchen. Die katastrophale Lage der Reichsfinanzen finde man mehr eine allmähliche Genesung.

Die Landwirtschaft ist in Gefahr, seine ganzen Kräfte zu verbrauchen. Die katastrophale Lage der Reichsfinanzen finde man mehr eine allmähliche Genesung.

Stuttgart, 24. Jan. (Stellungnahme der württ. Regierung zum Gutachten des Reichsparlamentarikers.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat dem Beschluß des Landtags seine Stellungnahme zum Gutachten des Reichsparlamentarikers zugehen lassen.

Stuttgart, 24. Jan. (Senkung der Schuldenlast.) In der gestrigen Gemeinderatssitzung erstattete Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen den Jahresbericht. Der Stadtvorstand konnte dabei die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Schuldenlast der Stadt im letzten Jahr um 1/2 Million, und zwar von 13,5 Millionen gekürzt wurde.

Stuttgart, 24. Jan. (Wehe dem Zwischenschlichter.) Im Apollotempel sprach gestern einer von der alten Garde der antifeudalistischen Bewegung, der Reichstagsabgeordnete Richard Kange-Berlin, der sich schon in der Vorkriegszeit politisch heroogetan und im Reichstag von den Sozialisten als 'Hohenzollern' erworben hat.

Stuttgart, 24. Jan. (General Becht kommt nach Tübingen.) In der gestrigen Versammlung der Deutschen Volkspartei teilte der Vorstand, Rektor Selinger, mit, daß nächstens, womöglich noch während des Semesters, Generaloberst v. Becht gemeinsam mit dem Reichstagsabgeordneten Reinath in Tübingen sprechen wird.

Stuttgart, 24. Jan. (Freiwilliger Verzicht.) Die Dienstaufwandsentschädigung des Stadtobersten, die bisher in freier Wohnung bestand, wurde auf dessen eigenen Vorschlag gekürzt.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Stuttgart, 24. Jan. (Oberst Keim scheidet aus der Reichswehr aus.) Am 1. Februar scheidet der bisherige Kommandant von Ulm, Oberst Keim aus der Reichswehr aus, um mit dem Charakter eines Generalmajors in den Ruhestand zu treten.

Stuttgart, 24. Jan. (Einbruchdiebstahl bei Dr. Scherer.) In der Villa von Dr. Scherer wurde in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt. Dabei wurde der Silberschrank ausgeraubt und es kam Silberbesteck im Gesamtwert von etwa 1500 Mark abhanden.

Stuttgart, 24. Jan. (Schwerer Straßenraub.) Vorfall in den Bergen.) Das Schöffengericht Kempfen hat den 20 Jahre alten Schreiner Adolf Hügel aus München zu 1 Jahr 2 Monaten, den 26 Jahre alten Hilfsarbeiter Ludwig Engelbrecht aus Ailing zu 3 Jahren und den 30 Jahre alten Kellner Rupert Brenner aus Dillingen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wegen schweren Straßenraubs und gefährlicher Körperverletzung.

Stuttgart, 24. Jan. (Verlegung des Tarifstreiks im württ. Holzgewerbe.) Nach fast 13 tündigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist es gelungen gegen Witternacht in dem Tarifstreik für das württ. Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande zu kommen.

Stuttgart, 24. Jan. (Verlegung des Tarifstreiks im württ. Holzgewerbe.) Nach fast 13 tündigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist es gelungen gegen Witternacht in dem Tarifstreik für das württ. Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande zu kommen.

prozentige Erhöhung des bisherigen Lohnes gefordert und eine Einbeziehung der Wälder- und Kurorte in das Lohnabkommen. In der Zwischenzeit haben mit den Angestellten-Verbänden Verhandlungen stattgefunden, die jedoch zu einer Einigung nicht geführt haben.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Wütiger Ausgang einer nationalsozialistischen Versammlung.

Heurbad, 24. Jan. Die gestern im Stahlhofen Saal stattgefundene nationalsozialistische Versammlung nahm einen bösen Ausgang, mit Stößen, Stuhlwechsellspielen, Unterjagen u. dergl. wurde der 'geistige' Kampf zu Ende geführt.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Auslösung einer nationalsozialistischen Versammlung.

Wendlingen, 24. Jan. Die Nationalsozialisten hatten auf Freitagabend in das Gasthaus zum 'Deutschen Haus' eine Versammlung einberufen. Schon vor Beginn war der Saal in der Hauptsache von Kommunisten und Sozialdemokraten gefüllt.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Neuenbürg, 20. Jan. Die auf letzten Samstag abend in das Gasthaus 'Eintracht' einberufenen Mitglieder der Versammlung des Verkehrsvereins hatte einen verhältnismäßig guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Stadtrat Feinzelmann, des in den letzten Monaten verstorbenen treuen und bewährten Ausschussmitgliedes Oberamtspfleger Kübler, dessen Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte.

Stuttgart, 24. Jan. (Eingemeindungssache.) Zur Frage der Eingemeindung nach Heilbronn erklärte Bürgermeister Ullrich im Gemeinderat, daß Verhandlungen angehängt sind, und daß der Eingemeindungsbekanntmachung selbst sich erfreulicherweise immer mehr durchsetzt hat.

Wie wird der Frühling?

Am Ende des Januar, so etwa an Pauli Befreiung (23. Januar), pflügt nach allgemeiner Bauernregel die Hälfte des Winters herum zu sein. Was nach dieser Zeit noch zu erwarten ist, soll nach der Auffassung des Landmanns nur noch ein Abklingen der bereits überstandenen kalten Wochen werden.

Württemberg.

Stuttgart, 25. Jan. (Stillstand im Rückgang der Lebensmittelpreise.) Das Stat. Amt der Stadt Stuttgart gibt wieder einen Überblick über die Entwicklung der Lebensmittelpreise im Kleinhandel in Stuttgart vom 7.-21. Januar ds. J. Danach ist ein gewisser Stillstand im Rückgang der Lebensmittelpreise eingetreten.

Stuttgart, 24. Jan. (Verlegung des Tarifstreiks im württ. Holzgewerbe.) Nach fast 13 tündigen Verhandlungen vor dem Schlichter für Süddeutschland ist es gelungen gegen Witternacht in dem Tarifstreik für das württ. Holzgewerbe, in dem es bereits zu größeren Arbeitsniederlegungen gekommen war, eine Vereinbarung zustande zu kommen.



Zusammenstößen und Schlägereien bedenklicher Art gekommen, wenn nicht im selben Augenblick ein Kommando Schuttpolizei von Göttingen zur Verstärkung der Landjägermannschaften eingetroffen wäre. Die Versammlung wurde aufgelöst und der Saal einschließlich der Nebenräume geleert. Auch das auf der Straße stehende Publikum wurde zerstreut und die Ruhe wieder hergestellt. Als unter den Versammlungsteilnehmern Ruhe laut wurden, unter den Leuten befanden sich mit Gummiknüppeln Bewaffnete, wurde eine Durchsuchung vorgenommen. Diese förderte Gummiknüppel, Totschläger, Stilettnesser und so weiter zu Tage. Von wem diese Verfertigung alle herrühren, ob von Nationalsozialisten oder von Kommunisten, konnte nicht festgestellt werden.

Neueste Nachrichten.

München, 24. Jan. In den späten Abendstunden des Freitags wurde in der Grauelottstraße an der Frau eines Metzgermeisters ein Mord verübt. Ob es sich um einen Raubmord handelt ist vorläufig noch nicht bekannt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Nachen, 25. Jan. Der Händler Martin hat heute nacht seine Frau und seine drei Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren durch Revolvererschüsse getötet und sich dann selbst erschossen. Martin, der Revolverbesitzer ist, sollte sich heute einer Operation unterziehen. Man nimmt an, daß er aus Furcht vor einem unglücklichen Ausgang der Operation den Entschluß gefaßt hat, gemeinsam mit seiner Familie aus dem Leben zu scheiden.

Dortmund, 24. Jan. Die im Gehaltsstreit der kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues am 23. ds. Mts. gefällten Schiedsprüme sind von beiden Seiten angenommen worden.

Düsseldorf, 24. Jan. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Gelände des hiesigen städtischen Fuhrparks. Dort waren einige Arbeiter auf einem Gerüst in zehn Meter Höhe mit Anstreicharbeiten beschäftigt. Plötzlich brachen einige Leiterprossen, auf denen sich die Arbeiter befanden. Drei Arbeiter wurden in die Tiefe. Einer von ihnen fiel auf dem Transport zum Krankenhaus, während die beiden anderen schwer verletzt wurden.

Berlin, 24. Jan. In der Gosharube von Kolde stürzte nach einer Meldung Berliner Blätter aus Madras ein Felsen ab und begrub viele Arbeiter unter sich. Acht wurden getötet und 100 verletzt.

Wien, 24. Jan. Am Freitag starb an den Folgen eines Schlaganfalls der letzte Ministerpräsident Kaiser Karls, Dr. Ernst Seidler, den der junge Monarch zur allgemeinen Ueberzeugung in der heillosen Zeit an die Spitze der Regierung berief mit der Begründung, daß Seidler als Professor der Rechte sein Lehrer gewesen und ihm bekannt sei. Seidler, der 80 Jahre alt geworden ist, trug mit dem Kaiserlichen Professor Lammasch, Dr. Seipel und Professor Dr. Josef Redlich die Verantwortung in den Tagen der Abdankung des Kaisers.

Wien, 25. Jan. Heute abend ist der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in Wien eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Botschafter Dr. Schöberl im eigenen und im Namen der Bundesregierung herzlich begrüßt.

Warschau, 24. Jan. Gestern veranstalteten die Warschauer Studenten, etwa 4000 an der Zahl, im Hofe der Universität eine Protestkundgebung gegen die Vorgänge von Brest-Litowsk. Hierbei kam es zu Schlägereien mit einer kleinen Gruppe regierungstreuer Studenten. Die Studenten zogen dann durch die Stadt, wobei sie Rufe gegen die Regierung ausließen. Das Schaulustige eines regierungstreuen Studenten Blattes wurde eingeschlagen. Die Polizei griffte dann, ohne von der Waffe Gebrauch zu machen, die Demonstration.

Stambul, 24. Jan. In dem Mordprozeß wegen der Vermisch-Kavalle beantragte der Staatsanwalt gegen dreißig Angeklagte die Todesstrafe, gegen sechzig Angeklagte Zuchthausstrafen, für sieben Angeklagte Freisprechung.

Paris, 25. Jan. Nachdem Irland die Bildung des neuen Kabinetts mit der Begründung abgelehnt hat, daß er zu der schweren Last des Außenministeriums nicht noch das Ministerpräsidentium übernehmen könne, hat Doumergue den früheren Arbeitsminister Laval mit der Kabinettsbildung beauftragt. Laval hat den Auftrag angenommen und wird bereits am Sonntag die Verhandlungen aufnehmen.

London, 25. Jan. Bei Harley in der Großstraße Surrey ereignete sich heute ein schweres Flugzeugunglück. Drei Passagiere des Flugzeuges fanden dabei den Tod.

Madrid, 25. Jan. Der Ministerrat hat gestern abend in Anbetracht der im ganzen Lande herrschenden Ruhe beschlossen, den Belagerungszustand aufzuheben außer in Madrid und Huesca, wo der Prozeß gegen die Teilnehmer der letzten revolutionären Bewegung

im Gange ist. Die Zensur ist gleichzeitig mit der Aufhebung des Belagerungszustandes den Instanzen übergeben worden, und die Regierung soll die Absicht haben, die Zensur in ein oder zwei Tagen aufzuheben.

Essen, 24. Jan. Do X trat heute nachmittag um 1 Uhr unter Führung des Kaplans Christmann zu einem Probeflug auf. Er überflog den Tejo und die Stadt bis um 3 Uhr 30 nachmittags und ging dann auf der Höhe von Alfiste wieder auf das Wasser nieder. Der Probeflug war in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Do X wird in der nächsten Woche Essen verlassen.

New York, 24. Jan. Das Handelsamt in Washington veröffentlicht auf Grund eines Handelsberichts seines Berliner Vertreters einen Ueberblick über die deutsche Geschäftslage, in dem hervorgehoben wird, daß in Industrie und Handel noch keine Besserung zu bemerken sei. Auf beiden Gebieten erwecke sich die Ueberorganisation als ein Hindernis beim Preisabbau. Dagegen habe sich der Ausfuhrhandel gut behauptet. Die Staatsfinanzen litten unter dem Rückgang der Steuererträge bei gleichzeitiger Zunahme der durch die Arbeitslosigkeit verursachten öffentlichen Kosten.

Sportseite.

Fußball. Meisterschaftsspiele: Runde der Meister: Sp.

Heitere ärztliche Erlebnisse

Von Dr. Josef S. Schmid.

Dem Bertold Sponzeller haben die ihm verordneten Pulver nichts genützt. Es stellt sich heraus, daß er sie alle mittamt dem Papiermüllschlag eingenommen hat. „Ein bißel gedruckt haben's mich schon“, sagt er treuherrlich. „Ja freilich“, bemerke ich, „das ist ja gerade, als wenn du deinem Gaul den Daber mittamt der Futterkiste ins Maul schmeißt.“ Er nicht verständigend, dies herbe, aber volkstümliche Gleichnis leuchtet ihm ein. — Während ich noch mit ihm plaudere, fällt mein Blick auf den Standort meines großen Oxyerginglases. Das Glas ist leer. Es kann nicht anders sein, ich muß es aus Versehen bei einem Patienten haben gelassen haben. Am nächsten Tage gelegentlich der Praxisfahrt frage ich herum. Nichts, beim Händler Schneider findet sich das Glas, aber leer. „Nicht“, sagt er, „es ist weg, die Medizin, die's mir dagelassen haben.“ Ich frage mich, wie es gekommen ist, wie es sich ereignet hat und leiter ich mir völlig gut. Das haben's recht ertragen, Herr Doktor! — Mich schüttelt's. Zwei Viter Glycerin hat der Mann zu sich genommen, auch noch mit Drogenessig und ohne nachteilige Folgen. Im Gegenteil! Eine beschleunigte Genußnahme ist eingetreten. Welch wunderbare Verdauungskraft!

Nach härter erweist sich diese Ueberstandsfähigkeit des ländlichen Ragens in einem anderen schweren Fall. Ein ganz verführerischer Bauer kommt herein, erkrankt und meldet mir mit stammelnden Worten, daß seine Frau ihr — falsches Gebiß, drei Zähne mit einer Brücke, verlohnt habe. „Da muß sie sofort nach München reisen und sich operieren lassen!“ entschelde ich, telephoniere an Dozent K. daselbst und bitte ihn, den Eingriff an der schwer gefährdeten Frau nach deren Eintreffen sofort vorzunehmen. Am nächsten Tage kommt die Nachricht, daß die Patientin in der Klinik nicht angenommen sei. Ich fahre hinaus auf den städtischen Bauernhof und sehe! Da steht sie vergnügt unter der Haustür, stemmt die Arme in die Taille und lacht mir ins Gesicht: „Ihr Dokter wißt doch nix Rechts! Es war gar nicht nötig, daß ich operiert werd! Mir hat die Natur a'hoß!“ Sie hat dann das Gebiß vom Zahnarzt in Wasch nachbilden lassen und es aus Dankbarkeit im Bauernhofstübchen aufgehängt.

Ungeordnetlich zahlreich sind in unserer Gegend die Kanzeren und Mefferstereorien. Zwei dieser Mefferstereorien, riesenharte Buchsen, kamen einmal blutüberströmt und sich gegenseitig fängend bei mir angesetzt. Sie hatten zuerst Bierfäßen aneinander geschliffert, dann sich mit Granatblöcken aus dem nahen Steinbruch beworfen, wie einst die Giganten die Götter, und sich zum Schluß „ein wenig mit dem Meffer gefehlt.“ Nachdem sie sich gehörig zugerichtet hatten, überkam

die der Geist der Verführung und sie begaben sich Arm in Arm zum Doktor. Als aus den verbundenen Köpfen nur noch die Nasen herausstauten, schloß sie sich tiefgerührt in die Arme und schwären Urbede in meine Hand. Wie lange werden sie dirse halten? —

Der Hauptmessenheld war der kräftigste und wildeste Burck im Landkreis. Es war derselbe, der einmal an einem Kirchweihsonntag, nachdem er sich ausgelassen im Tanze geschwungen hatte, die Poppe abwarf, den Hut mit der Spielhahnsfeder herausfordernd in den Rasen schob und den Rasen einen Kronentaler hinwarf mit den trostigen Worten: „So, jetzt bleibt ein Trauermarkt, denn jetzt lang ich zu tanzen an und da muß einer auf dem Wag bleiben.“ Wirklich streckte er damals drei Buchsen nieder, die schwer verletzt, wie tot, auf dem Boden lagen, so daß der „Trauermarkt“ berechtigt war. Er hat damals lange hinter Schloß und Riegel gesehen, der kraftvolle, übermüthige Großhauerfisch. Inzwischen hatte man ihm Rache geschworen, und als er von Stadelheim zurückkam, überfiel man ihn mit vereinten Kräften und richtete ihn so über, daß Geißel und Arzt zugleich zu ihm geholt werden mußten. Als ich die bauerliche Kammer betrat, war der Herr Kooperator bereits anwesend, der Buchse aber tobte juchend im Bett herum und suchte so drohend mit den Armen, daß weder ich einen Verband anlegen, noch der Geißel eine heilige Handlung vornehmen konnte. „Warten Sie nur, Herr Doktor, den werde ich schon bändigen!“ räumte mir der noch junge Kooperator zu, ein humorvoller, handfester Mann, der selbst vom Lande kam. Er frempelte die Kermer in die Höhe, pflanzte sich in drohender Haltung vor dem Bett auf und donnerte den Patienten an: „Jetzt wenn du dich nicht ruhig verhältst, du Hanshold, du ständiger, dann kriegt du von Bräuerband eine so gewieferte Ohrfeige, daß du die Engel im Himmel hören hörst! Und abfahren kannst mit deinem schweren Sündenpackel schnurstracks in die Hölle, ohne Befreiung und Absolution!“ Das imponierte ihm. Voll Ehrfurcht schaute er den Richter an, hielt mauerstill und ließ sich verbinden. „Sehen Sie, lieber Doktor, man muß nur die Sprache dieser Leute verstehen!“ verließte der Geißeliche schmunzelnd, und zum Patienten gewandt, sagte er streng und mit Stirnrunzeln: „So, jetzt bist verbunden, jetzt beidest du ordentlich und reinigst deine schwarze Seele, du Dammel, du g'äckerter!“ Als ich die beiden verließ, sah der gebändigte Kaufmann trumm wie ein Lamm, den Kopf einseitig, die blutunterlaufenen Augen demüthig gesenkt, die sonst so gewalttätigen Hände gott ergeben gefaltet, im Bett und gehand sein Sündenregister. — Er ist übrigens genesen, lebt heute noch und hat noch manchmal gerauft.

Zwangs-Versteigerung.

Am Dienstag den 27. Januar, nachm. 3 Uhr, versteigere ich in **Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung:

Ein Waschkommode.

Vormittags 10 Uhr in **Waldrennach**:

1 Schreibmaschine, 1 vollständiges Bett, 1 alter Kleiderschrank, 1 Zimmertisch, 1 Stuhl, 1 Flurgarderobe, 1 alte Holzbettstelle, 1 Vogelzuchtkäfig, 1 leeres Faß, 1 Hühnerhaus, 10 Heunen, 2 Gochel, 4 Enten, 1 Gans, 1 Hundstall, 1 Schreibtisch, ein Chaiselongue, 1 Decke hierzu, 1 Sprechapparat mit sechs Platten.

Zusammenkunft am Rathaus.
Hilfenbrand, Gerichtsvollzieher.

Dennach, den 25. Januar 1931.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Groß- und Schwiegervater

Wilhelm Ruff,
Säger,

im Alter von 61 Jahren nach schwerer Krankheit gestern abend 1/11 Uhr im Bezirkskrankenhaus Neuenbürg sanft entschlafen ist.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Marie Ruff, geb. Maulbesck.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 27. Januar 1931, nachm. 3 Uhr, in Dennach statt.

Zwangsversteigerung.

Am Zwangswege werden am **Mittwoch den 28. d. M.,** vormittags 10 Uhr, in **Feldrennach** öffentlich gegen bar versteigert:

Wassersteine, Klosett mit Nöhren, Dachpappe und Küchenbodenplatten.

Ferner in **Conweiler** nachm. 1 Uhr:

Eine neue Anker-Nähmaschine und ein Braunkohl-Herrenanzug.

Zusammenkunft jeweils am Rathaus.
Gerichtsvollzieher Reidel.

HOTEL PROSPEKTE

PROSPEKTE FÜR PENSIONEN

liefert in sauberer Ausführung und neuzeitlicher Ausgestaltung

C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh. Fr. Biesinger Neuenbürg, Tel. 4.
Verlangen Sie kostenlose Vorschläge.

Kassenbon-Blöcke
für Wirtschaften und Cafés
sind erhältlich in der
C. Meeh'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

Gräfenhausen.
Einen noch fast neuen
Leiterkarren
mit Bremse hat billig zu verkaufen
H. Stichel.

Gesucht zum 1. Februar jüngeres, fleißiges
Mädchen,
nicht mehr berufsschulpflichtig, für alle häuslichen Arbeiten.
Frau **Räte Schulze,**
Pforzheim, Kreuzsteinallee 43.

Sonder-Angebot!
Eier
10 Stück **1.15**
Lebensmittelhaus
Lindemann
Neuenbürg, Telefon 191.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Neuenbürg.

Öffentliche Versammlung
am Dienstag den 27. Januar 1931, 8 Uhr abends, im Gasthof zum „Bären“,
am Mittwoch den 28. Januar 1931, abends 1/20 Uhr, im Gasthaus „Löwen“ in Birkenfeld.
Redner: Pg. Selzner, Ludwigshafen.

Thema: Schluß mit dem Hungerkurs! Neue Männer an die Macht!

Als Konfirmations-Geschenke geeignet empfiehlt

Gesangbücher
Gesangbuchtaschen
von einfachster bis feinsten Ausführung.
C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.